

- Beschlussvorlage     
  Berichtsvorlage     
  öffentliche Sitzung     
  nichtöffentliche Sitzung

Beratungsfolge:

<input checked="" type="checkbox"/> Fachausschuss	REA, JHA, KBSA, ASGA	<u>Datum:</u> 8., 9., 10. und 11.02.2010
<input checked="" type="checkbox"/> Fachausschuss	Finanzen und Rechnungsprüfung	16.02.2010
<input checked="" type="checkbox"/> Kreisausschuss		23.02.2010
<input checked="" type="checkbox"/> Kreistag		23.03.2010

Inhalt:

Entwurf der Haushaltssatzung 2010 und des Haushaltssicherungskonzeptes 2009 – 2013

Wenn Kosten entstehen:

Kosten €	Produktkonto	Haushaltsjahr	<input type="checkbox"/> Mittel stehen zur Verfügung
<input type="checkbox"/> Mittel stehen nicht zur Verfügung	Deckungsvorschlag:		
<input type="checkbox"/> Mittel stehen nur in folgender Höhe zur Verfügung: €			

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt das Haushaltssicherungskonzept 2009 bis 2013 und die Haushaltssatzung 2010 des Landkreises Uckermark.

zuständiges Amt:

Finanzen u. Beteiligungsmanagement

Karin Buhtz  
Amts-/Referatsleiter

Marita Rudick  
Dezernent

Klemens Schmitz  
Landrat

abgestimmt mit Dez./Amt/Ref.:	Name	Unterschrift
1. Beigeordneter	Reinhold Klaus	
Dezernent II	Lothar Thiele	

Beratungsergebnis:

Kreistag/ Ausschuss	Datum	Stimmen		Stimm- enthaltung	Einstimmig	Laut Beschluss- vorschlag	Abweichender Be- schluss (s. beiliegendes Formblatt)
		Ja	Nein				
REA, JHA, KBSA, ASGA	8.-11.2.10						
FRA	16.02.10						
Kreisausschuss	23.02.10						
Kreistag	23.03.10						

## **Begründung:**

Gemäß § 65 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) wurde die Haushaltssatzung 2010 mit ihren Anlagen von der Kämmerin aufgestellt und vom Landrat festgestellt.

Entsprechend § 63 Abs. 4 BbgKVerf muss der Ergebnishaushalt in jedem Haushaltsjahr unter Berücksichtigung von Fehlbeträgen aus Vorjahren ausgeglichen sein. Kann der Ausgleich nicht erreicht werden, so ist nach § 63 Abs. 5 BbgKVerf ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen. In diesem Konzept ist der Zeitraum zu beschreiben, in dem der Haushaltsausgleich wieder erreicht werden kann.

## **Haushaltsslage**

Der Haushalt 2010 weist einen Gesamtfehlbetrag in Höhe von 4.824.973 € aus. Die ordentlichen Erträge werden für 2010 in Höhe von 321.261.227 € und die ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 326.166.200 € geplant. Das Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit beläuft sich auf -4.281.373 €. Unter Berücksichtigung des Finanzergebnisses in Höhe von -623.600 € beläuft sich das ordentliche Ergebnis 2010 auf -4.904.973 €.

## **Landeszuweisungen**

Die gesamten Landeszuweisungen sind auf Seite 6 ff. des Vorberichtes unter Punkt 2.3 und 2.4 abgebildet. Im Jahr 2009 sind für den Landkreis Uckermark insgesamt 74.707.400 €, für das Haushaltsjahr 2010 sind 73.535.500 € geplant, d. h. 1.172.000 € weniger.

## **Bundeszuweisungen**

Im Jahr 2009 plante der Landkreis Uckermark 10.066.500 € (das entspricht 25,4 v. H. der Gesamtaufwendungen für Kosten der Unterkunft). Für die Planung 2010 war mit einem reduzierten Bundesanteil Kosten der Unterkunft in Höhe von 23 v. H. zu rechnen. Die geplanten Erträge belaufen sich auf 9.200.230 €, 866.270 € weniger als 2009.

## **Kreisumlage**

Der Hebesatz der Kreisumlage wurde auf 47,9 v. H. festgesetzt. Der permanente Anstieg der allgemeinen Aufwendungen im sozialen Bereich, insbesondere im SGB VIII Kinder- und Jugendhilfe, ist aus allgemeinen Deckungsmitteln zu finanzieren.

## **Finanzplan – speziell Investitionen**

Haupteinnahmequelle zur Finanzierung der investiven Maßnahmen bilden die investiven Schlüsselzuweisungen des Landes und die zweckgebundenen Fördermittel des Landes, z. B. für den Bau von Kreisstraßen und die Schulgebäudesanierung. Die investiven Schlüsselzuweisungen betragen 2010 7.141.100 €, 2009 wurden 7.007.300 € zugewiesen, d. h. 133.800 € mehr.

## **Haushaltssicherungskonzept**

Der Haushaltsausgleich ist innerhalb des Zeitraumes des vorliegenden Haushaltssicherungskonzeptes 2009 – 2013 nicht erreichbar. Hauptursache bilden rückläufige Erträge bei gleichzeitig steigenden Aufwendungen, verursacht durch das Anwachsen von Fallzahlen insbesondere im sozialen Bereich.